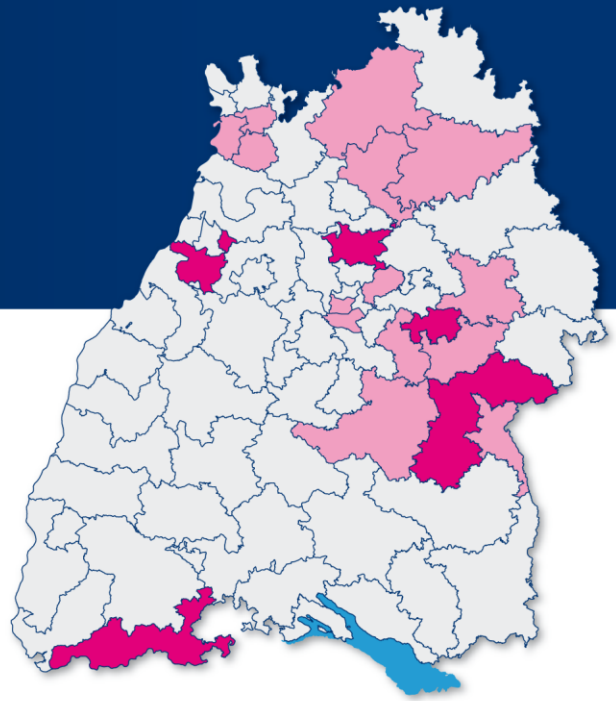


GENERATION ZUKUNFT

Unsere Ideen – unsere Köpfe – unser Auftrag:
Am 13. März 2016 das Rückspiel gewinnen!

**44. ordentlicher Landestag
der Jungen Union Baden-Württemberg**
10. – 11. Oktober 2015 · Stadtforum Bad Saulgau



GENERATION ZUKUNFT

Beschlossen am 44. ordentlichen Landestag
der Jungen Union Baden-Württemberg

JU

JUNGE UNION
BADEN-WÜRTTEMBERG

WWW.JU-BW.DE

Inhaltsverzeichnis

13. März 2016: Wahltag für die Generation Zukunft	3
Bildungspolitik für die Generation Zukunft.....	3
Innen- und Sicherheitspolitik für die Generation Zukunft.....	4
Digitalisierung für die Generation Zukunft	5
Unser Baden-Württemberg für die Generation Zukunft.....	6

13. März 2016: Wahltag für die Generation Zukunft

Am 13. März 2016 geht es um die Zukunft Baden-Württembergs. Es geht darum, ob unser Land wieder ein Land der Chancen und der Ideen wird oder weitere fünf Jahre von einer ideologisch geprägten grün-roten Landesregierung abgewirtschaftet wird. Es geht um eine Richtungsentscheidung – gerade für die junge Generation. Dabei ist es unsere Aufgabe als Junge Union, uns kraftvoll und geschlossen in den Wahlkampf der CDU Baden-Württemberg einzubringen. Es liegt in unserer Verantwortung, dass Zukunftsthemen deutlich stärker in den Blick genommen werden und dass die CDU ein generationengerechtes Wahlprogramm aufstellt. Unsere Kernpunkte für die Landtagswahl zeigen, wie wir als Junge Union uns die Zukunft Baden-Württembergs unter einem CDU-Ministerpräsidenten Guido Wolf vorstellen. Wir reden Klartext und wollen gemeinsam für unsere Überzeugungen und eine bessere, CDU-geführte Landesregierung werben.

Für uns steht die Generationengerechtigkeit im Mittelpunkt unseres politischen Handelns. Dazu gehören in erster Linie solide Finanzen und eine Haushaltspolitik, die gerade in Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen ohne neue Verschuldung auskommt. Es muss Ziel einer CDU-geführten Landesregierung sein, generell ohne neue Schulden auszukommen und Altschulden abzubauen. Daher fordern wir, innerhalb des ersten Jahres der kommenden Legislaturperiode einen verbindlichen Zeitplan zur systematischen Entschuldung vorzulegen.

Generationengerechtigkeit betrifft aber nicht nur die Finanz- und Haushaltspolitik. Generationengerechtigkeit bedeutet Nachhaltigkeit in weitesten Sinne und ein politisches Handeln ausgerichtet auf Qualität, Wachstum und Fortschritt – quer über alle Politikfelder. Im Folgenden stellen wir unsere zentralen Themen für ein generationengerechtes Baden-Württemberg dar.

Bildungspolitik für die Generation Zukunft

Wir fordern:

- eine rechtssichere Grundschulempfehlung wie es sie bis 2011 gab.
- die Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 mit identischen Inhalten, die auf einem höheren Niveau liegen als heute.
- dass die Ganztageschule eine Chance und ein Angebot darstellt. Sie darf jedoch nicht in verpflichtender Form über das Entscheidungsrecht der Familie gestellt werden.
- neben bedarfsgerechten Ganztagesangeboten flächendeckende außerschulische Schulkindangebote, die weiterhin vom Land finanziell unterstützt werden.
- den Erhalt der Sonderschulen als eigenständige Schulform.
- keine ideologische Überfrachtung des Bildungsplans, wie Grün-Rot es momentan plant. Der Bildungsplan muss auf inhaltliche Fragen fokussiert sein und das im Grundgesetz

verankerte Elternrecht darf durch ihn nicht unterlaufen werden. Nach einem Regierungswechsel ist der Bildungsplan in diesem Sinne neu zu fassen.

- ein vielfältiges und durchlässiges Bildungssystem statt einer Schule für alle. Wir lehnen den zunehmenden Akademisierungswahn ab. Vielmehr stehen wir für ein vielfältiges Angebot, das jedem einen individuellen Bildungsweg ermöglicht. Für uns gilt weiterhin: Kein Abschluss ohne Anschluss!
- mehr Investitionsmittel zum Erhalt und Ausbau der Universitätsgebäude und deren Ausstattung: Gute Forschung und Lehre brauchen eine gute Infrastruktur, aber unsere Universitätsgebäude verfallen!
- den Ausbau der dualen Ausbildung. Weiterbildungsangebote, die eine berufsbegleitende Weiterbildung ermöglichen, sollen nicht nur privaten Anbietern überlassen werden. Die Duale Hochschule Baden-Württemberg muss hier gestärkt werden.
- eine Stärkung des Wirtschaftsunterrichts an allgemeinbildenden Schulen, um schon frühzeitig Wirtschaftskompetenz zu vermitteln, den Unternehmen kompetente Auszubildende und Lehrlinge zur Verfügung zu stellen und um auf die Möglichkeit einer späteren beruflichen Selbständigkeit vorzubereiten.

Innen- und Sicherheitspolitik für die Generation Zukunft

Wir fordern:

- eine Überarbeitung der Polizeistrukturereform. Die grün-rote Landesregierung gefährdet seit Regierungsübernahme die innere Sicherheit und die öffentliche Ordnung in Baden-Württemberg. Daher muss die Polizeistrukturereform im Sinne unserer Polizeibeamten und unserer Bürger verbessert werden.
- eine massive Neueinstellung von Polizeibeamten mit dem Ziel, die Reviere und Polizeiposten im Land zu stärken und mehr Beamte in die Fläche und auf die Straße zu bringen.
- ein Bekenntnis zu unseren tapferen und fleißigen Polizeibeamten. Daher lehnen wir eine individuelle Kennzeichnung von Polizisten strikt ab: Der guten Arbeit unserer Polizisten dürfen wir nicht mit überzogenem Misstrauen begegnen.
- die Erprobung von sogenannten Körper-Kameras in Polizeieinsätzen.
- Kameraüberwachung nicht nur an ausgewiesenen Kriminalitätsschwerpunkten zu ermöglichen.
- in Abstimmung mit unseren Kommunen die verstärkte Einrichtung von kommunalen Ordnungsdiensten. Hierzu ist eine landeseinheitliche Regelung von Ausbildung, Bezahlung, Ausrüstung und Zuständigkeit notwendig, um kommunale Ordnungsdienste

landeseinheitlich und landesweit erkennbar aufzustellen und dadurch die objektive und subjektive Sicherheit vor Ort zu erhöhen.

- Wir fordern eine konsequentere Strafverfolgung und zeitnahe Verurteilung von Straftätern.
- die nächtliche Sperrzeit für Schank- und Speisewirtschaften sowie für öffentliche Vergnügungsstätten grundsätzlich auf die Zeit von 5.00 Uhr bis 6.00 Uhr morgens zu begrenzen.
- die Regelung, wonach in Einzelhandelsgeschäften in der Zeit von 22.00 Uhr bis 6.00 Uhr keine alkoholischen Getränke verkauft werden dürfen, abzuschaffen.
- Kommunen die Möglichkeit zu geben, in eng begrenztem Rahmen den öffentlichen Konsum von Alkohol an einzelnen Orten zu bestimmten Uhrzeiten einzuschränken. Wir sprechen uns aber gegen grundlegende flächendeckende Alkoholkonsumverbote – etwa in der gesamten Innenstadt – aus.

Digitalisierung für die Generation Zukunft

Wir fordern:

- dass Digitalisierung, Wirtschaftsförderung und der mutige Schritt zur Existenzgründung einen höheren Stellenwert in unserer Gesellschaft bekommen. Daher bedarf es einer klaren Zuständigkeit in einem eigenen „Zukunftsministerium“ für Wirtschaft, Digitalisierung und digitale Infrastruktur.
- eine nachhaltige Unterstützung der Industrie 4.0: Das erste Automobil wurde in Baden-Württemberg erfunden. Daher muss es unser Ziel sein, dass die Autoindustrie in Baden-Württemberg weiterhin Vorreiter ist, Innovationen vorantreibt, Produktion und Entwicklung im Land behält und damit Arbeitsplätze vor Ort sichert. Da momentan Unternehmen wie bspw. Daimler weiter sind, als es die momentane Gesetzeslage erlaubt, fordern wir eine Überprüfung unserer aktuellen Gesetze im Hinblick auf Öffnungsmöglichkeiten für das autonome Fahren.
- die Digitalisierung der Verwaltung voranzutreiben. So soll die Verwaltung effizienter und bürgerfreundlicher werden, indem mehr Gänge zum Bürgerbüro durch einen Gang ins Internet ersetzt werden.
- Unsere Ziele für den Breitbandausbau sind eine flächendeckende Geschwindigkeit von mindestens 150 Mbit/s im Download bis 2022 und der Anschluss von 50 % der Gebäude direkt ans Glasfasernetz bis 2024. Die Verwendung der Vectoring-Technologie sollte nur in geringem Ausmaß stattfinden. Außerdem fordern wir einen stärkeren Ausbau von schnellen Mobilfunknetzen wie LTE sowie die Bereitstellung von kostenlosen WLAN-Hotspots in möglichst vielen Städten und Gemeinden sowie in öffentlichen Verkehrsmitteln.

- die stärkere Förderung von informationstechnischem Verständnis und Medienbildung sowohl in den Schulen als auch in der Erwachsenenbildung, damit die Menschen in Baden-Württemberg die Chancen der digitalen Revolution für sich nutzen können. Dazu gehört auch eine deutliche Verbesserung der Lehrerbildung in Bezug auf Medienbildung und Informatikinhalte.

Unser Baden-Württemberg für die Generation Zukunft

Modern und wertebewusst – Heimat für Jung und Alt – innovativ und fortschrittlich

Wir fordern

- ein grundsätzliches Umdenken der Verkehrspolitik der letzten Jahre und Jahrzehnte, um die Wettbewerbsfähigkeit Baden-Württembergs im Bereich der Mobilität zu verbessern. Wir setzen uns ein für eine zukunftsweisende Verkehrs- und Infrastrukturpolitik: Straßenneubau, Ausbau und Sanierung dürfen nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden, sondern haben alle jeweils ihre Berechtigung.
- dass Tempolimits, Tempo-30-Zonen und Feinstaubverordnungen nicht zu einer Blockierung oder signifikanten Verschlechterung der Verkehrssituation in Baden-Württemberg führen. Die Einführung solcher Maßnahmen durch Kommunen muss daraufhin genau überprüft werden.
- Des Weiteren fordern wir die Abschaffung der Umweltzonen, da sie sich als vollkommen ineffektiv entpuppt haben und etwa schon das Nichtführen einer bloßen Umweltplakette trotz Erfüllung des Standards mit ideologisch hohen Geldstrafen belegt ist.
- langfristig einen einheitlichen landesweiten Verkehrsverbund. Darüber hinaus regen wir zunächst die Zusammenführung von Schüler- und Studententickets zu einem landesweit einheitlichen Juniorenticket zu günstigen Konditionen an, das auch auf Auszubildende erweitert werden soll.
- dass Baden-Württemberg Energieeffizienzland wird. Fast 40 Prozent beträgt der Anteil des Gebäudesektors am Energieverbrauch in Deutschland. Damit ergibt sich ein großes Einsparpotenzial in diesem Bereich. Daher fordern wir unter anderem eine landeseigene Kesseltauschprämie.
- ein landeseigenes Betreuungsgeld, dessen Höhe ab dem dritten Kind deutlich ansteigt und das auf Sozialleistungen wie das Arbeitslosengeld II angerechnet wird. Nach dem Urteil des BVerfG ist es nun Aufgabe des Landes, für eine Neuregelung zu sorgen. Grundlage hierzu soll das von Grün-Rot abgeschaffte Landeserziehungsgeld sein, jedoch ist es unser Ziel, eine einkommensunabhängige Förderung von jungen Familien mit Kindern zu schaffen.
- eine Stärkung des ländlichen Raums. Wir wollen die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum zukunftssicher gestalten. Daher müssen Landärzte und ihre Praxen gefördert werden und es muss endlich mit dem dringend erforderlichen Bürokratieabbau im Bereich der

Heilberufe begonnen werden, wobei wir hier besonders auf die Anliegen der Ärzte und Pflegeberufe Rücksicht nehmen sollten. Konkret fordern wir die Auflage eines Programms zur Ausbildung und Weiterbildung zu Hausärzten für den Ländlichen Raum nach bayerischem Vorbild (sog. Landarzt-Programm, inkl. spezifischer Stipendien für Medizinstudenten).

- das unter Grün-Rot auf den Weg gebrachte Jagdgesetz rückgängig zu machen und die alte Fassung wieder einzusetzen. Jäger tragen mit ihrer Arbeit aktiv zum Schutz von Flora und Fauna bei. Durch ihre verantwortungsvolle Hege und Pflege leisten sie ihren Beitrag zum Gleichgewicht in der Natur und sind damit Naturbewahrer erster Generation.